



Und Dilma kann es auch ...

Zwischenbilanz nach 100 Tagen
im höchsten Staatsamt Brasiliens

YESKO QUIROGA

Mai 2011

- Am 1.1.2011 wurde zum ersten Mal in der Geschichte Brasiliens eine Frau als Präsidentin vereidigt. Dilma Rousseff von der Arbeiterpartei PT versprach in erster Linie die Kontinuität der erfolgreichen Regierungen von Luiz Inácio »Lula« da Silva. Freund und Feind befürchteten jedoch, dass die neue Präsidentin es nicht schaffen würde, aus dem Schatten ihres Vorgängers hervorzutreten.
- Doch nach den ersten 100 Regierungstagen ist Dilma – mit der Ausnahme Lulas zu Beginn seiner zweiten Amtszeit – beliebter als ihre Vorgänger in den letzten 20 Jahren. Es gibt kaum Bereiche, die ihre Flitterwochen mit der brasilianischen Bevölkerung trüben.
- Während die Präsidentin in der Sozial- und Wirtschaftspolitik auf Kontinuität setzt, sorgt sie für neue Akzente in der Menschenrechts- und Außenpolitik und prägt ihren eigenen Politikstil.

Ein leiser Anfang zwischen Planung und Regierungsbildung

Der Unterschied zwischen dem in den Medien allgegenwärtigen Lula und seiner Wunschnachfolgerin Dilma Rousseff ist augenscheinlich. Weder konnte die neue Präsidentin sich die Vita des Mannes aus dem Volke überziehen, noch seinen stets selbstverständlich jovialen Umgang imitieren. Rousseff ist bestimmt und wirkt mitunter distanziert, aber gleichzeitig konkreter in ihren Verlautbarungen. Ihre Regierung zeichnet sich durch klare Zielsetzungen, Effizienz und ein straffes politisches Management aus. Gleich zu Anfang wurden in allen Ministerien Pläne zur Umsetzung des erklärten Hauptanliegens der Präsidentin in Angriff genommen – die Ausrottung der extremen Armut in Brasilien. Auch die Politikfelder Bildung, Gesundheit und Sicherheit stellte Dilma bereits in ihrer ersten Rede als Präsidentin in den Vordergrund ihrer politischen Ziele.

Die ersten Schritte im neuen Amt hat Rousseff aus Sicht der Bevölkerung gut gemeistert, wie die für viele überraschenden Ergebnisse der aktuellen Umfrage belegen: Nach drei Monaten erhält sie mehr Zustimmung als all ihre Vorgänger, mit der Ausnahme Lulas zu Beginn seiner zweiten Amtszeit. 76 Prozent der Brasilianer(innen) glauben, dass die aktuelle Regierung im Vergleich zur Regierung Lula besser oder gleich gut abschneiden wird. Es gibt kaum Bereiche, die die Flitterwochen von Dilma mit der brasilianischen Bevölkerung trüben. Einen Beitrag zu diesem überraschend fließenden Übergang hat Lula selbst geleistet, indem er sich, mitunter sichtlich angestrengt, im politischen Hintergrund hält, um das Medieninteresse nicht auf sich zu ziehen.

Trotz heftigem Gegenwind der zehn heterogenen Koalitionsparteien gelang es der Präsidentin, wichtige Ministerien mit Vertreter(inne)n ihrer Partei zu besetzen und eine personalpolitische Balance herzustellen. Sie hat ein kompetentes Kabinett gebildet, das für Kontinuität mit der bisherigen Regierung und moderate Differenzierung steht. Zwei Fünftel der Minister(innen) stammen aus der vorherigen Administration. Den Koalitionspartnern wurde auf verschiedenen Ebenen der Exekutive und der Staatsunternehmen politisches Terrain entzogen, ohne dabei einen grundlegenden Konflikt zu riskieren.

Trotz der bewiesenen Durchsetzungsfähigkeit hat sie das vor den Wahlen diskutierte Ziel, 30 Prozent der Ministe-

rien durch Frauen zu besetzen, nicht erreicht. Immerhin wird ein Viertel der 37 Ämter jetzt von Ministerinnen geleitet – mehr denn je zuvor.

Das Verhältnis zu den Gewerkschaften und der Mindestlohn

Die Gewerkschaften, allen voran die *Central Única dos Trabalhadores* (CUT) – der bedeutendste Gewerkschaftsdachverband des Landes –, verstehen sich als Teil der politischen Bewegung, die den ehemaligen Gewerkschaftsführer Lula in das Amt des Staatspräsidenten brachte. Fünf der sechs anerkannten Dachverbände haben bei den Wahlen 2010 dann auch Dilma Rousseff unterstützt. Zumindest zum Teil scheint dieser Bund solidarischer Begleitung nun politischem Kalkül gewichen zu sein, zumindest was den zweitgrößten Verband, die *Força Sindical*, und dessen Haltung in der Mindestlohn-debatte betrifft.

Die Mindestlohnpolitik, reale Lohnzuwächse in praktisch allen Branchen sowie die Schaffung von zwölf Millionen Arbeitsplätzen waren neben der gezielten Erhöhung der Sozialtransferleistungen zur Armutsbekämpfung das Markenzeichen der Regierung Lula. Sie sind aber auch Ausdruck der deutlich verbesserten Möglichkeiten der Gewerkschaften, die Interessen ihrer Mitglieder im politischen Raum zu vertreten und Regierungsentscheidungen zu beeinflussen. Der gesetzliche Mindestlohn – von dem, sei es über Rentenanpassung oder über Einkommenserhöhung, über 46 Millionen Personen abhängig sind – wurde seit dem Regierungsantritt von Lula im Jahr 2003 real um 54 Prozent erhöht (heute etwa 240 Euro). Die jährliche Anpassung des Mindestlohns wurde gesetzlich als Summe des Inflationsausgleichs plus des Wachstums des vorletzten Jahres definiert. Das noch vom Präsidenten Lula an das Parlament weitergeleitete Dekret zur Erhöhung des Mindestlohns im ersten Jahr der neuen Legislaturperiode sah deswegen lediglich eine Inflationsanpassung vor, da im Krisenjahr 2009 kein Wachstum zu verzeichnen war. Dagegen positionierte sich dann eine heterogene, gewerkschaftlich parlamentarische Allianz, um Verhandlungen in verschiedenen, auch personalpolitischen Feldern zu erzwingen. Die Regierung setzte jedoch angesichts der komplizierten Haushaltslage eine eher symbolische Erhöhung mit klarer Mehrheit in der parlamentarischen Abstimmung durch.

Sozialpolitik als Schlüssel

Mit der Ausrottung der absoluten Armut hat sich die Präsidentin ein nur schwer zu erreichendes Ziel für ihre Amtsperiode gesetzt. Es ist bekannt, dass in den letzten acht Jahren beachtliche Fortschritte bei der Armutsreduzierung erzielt worden sind. Stichworte sind dabei die Halbierung der absoluten Armut und die Reduzierung der Armut um 36 Prozent (2008).

Der Umfang der gesetzten Aufgabe hängt dabei von der offiziellen Armutsdefinition ab. Als extrem arm bezeichnet die Regierung jetzt Familien, deren Pro-Kopf-Einkommen unter 30 Euro liegt. Dies trifft nach den neuesten Zahlen auf 16,3 Millionen Menschen zu, das sind 8,5 Prozent der Bevölkerung.

Bei weniger als 60 Euro Einkommen pro Familienmitglied gibt es einen Anspruch auf Unterstützung durch das Sozialprogramm *bolsa familia*. Etwa jede(r) vierte Brasilianer(in) erhält heute, je nach Kinderzahl, eine Unterstützung – bis zu etwas mehr als 100 Euro pro Familie –, die mit verschiedenen Konditionen wie etwa Schulbesuch und Gesundheitsuntersuchungen verknüpft ist. Soll das politisch gesetzte Ziel erreicht werden, muss die neue Regierung, die bereits eine Erhöhung der Sätze von *bolsa familia* verfügt hat, hier noch mit neuen Instrumenten und mehr finanziellen Mitteln zulegen. Bisher werden für das Programm lediglich 0,4 Prozent des BIP aufgewandt.

Mehr Wohlstand, weniger Ungleichheit

Zwar ist Brasilien weiterhin durch Armut und eine extreme Einkommensungleichheit charakterisiert, aber die Indikatoren weisen nicht nur auf weniger Armut, sondern auch auf ein allgemeines Wohlstandswachstum hin. Das durchschnittliche Einkommen hat sich nach einer Dekade der Stagnation seit 2003 um real fast 30 Prozent auf heute etwa 670 Euro erhöht. Das Land hat es zudem geschafft, ein stetiges Pro-Kopf-Wachstum mit einer Verbesserung der Einkommensverteilung zu verknüpfen. Dies ist einer der zentralen Unterschiede zwischen den Regierungen Lula und ihren Vorgängerinnen: Die soziale Ungleichheit wurde verringert. Der Gini-Index fiel von 0,59 (2002) auf 0,53 (2010) und hat damit wieder sein Niveau von 1960 erreicht. Die gesellschaftlichen Wohlfahrtsgewinne sind deutlich schneller gestiegen als das

durchschnittliche Einkommen. Zwar haben alle Einkommensgruppen Zuwächse verzeichnet, aber die unteren in wesentlich stärkerem Maße als die oberen. Dies stellt ein Unikum in der Entwicklung des Landes in den letzten 50 Jahren dar. In Brasilien hat ein sozialer Wandel eingesetzt, der nach Untersuchungen einen auch im internationalen Vergleich raschen Prozess sozialer Mobilität auslöst und nicht zuletzt darauf zurückzuführen ist, dass die brasilianische Regierung auf das Entwicklungspotenzial der *working poor* (Pochmann) setzt.

Möglich wurde dies durch ein Zusammenspiel aus wirtschaftlichen Veränderungen und aktiver Politik des Staates, der wieder eine zentrale Rolle im Entwicklungsprozess einnimmt. Ab 2004 setzte eine Wachstumsphase ein. Zwar verzeichnete auch der Außenhandel ein spektakuläres Wachstum, in erster Linie war aber die Binnenmarktstärkung das für die Wohlstandszuwächse entscheidende Instrument. Allein die Mindestlohnerhöhungen sollen seit 2003 zusätzlich mehr als ein Viertel des Inlandsproduktes von 2010 in den Wirtschaftskreislauf befördert haben. Durch wachsende Einkommen stieg der Konsum stetig, was wiederum einen Anstieg der formellen Beschäftigung und der Löhne im Industriesektor nach sich zog. Hinzu kamen die staatlichen Transferleistungen über ein erweitertes Sozialsystem und die Öffnung des Kreditmarktes, dessen Volumen sich gemessen am BIP verdoppelt hat.

Eine wachsende Mittelschicht und neue politische Herausforderungen

Schätzungsweise 33 Millionen Menschen schafften seit 2003 so den Sprung in die Mittelschicht, die heute statistisch mit 51 Prozent der Bevölkerung die größte soziale Gruppe in Brasilien darstellt. Jedoch ist auch hier vieles eine Frage der Berechnungsgrundlage. Zur Mittelschicht werden die Haushalte gezählt, deren Einkommen bei etwas über zwei Mindestlöhnen (ca. 480 Euro) liegen. Diese Entwicklung schlägt sich nun auch in der politischen Debatte nieder. Die Mittelschicht wird in der Zukunft Wahlen entscheiden, steht bereits jetzt mit drei Fünfteln der Kaufkraft im Zentrum des wirtschaftlichen Interesses und verändert auch politische Prioritäten. Während zu Beginn der ersten Amtsperiode Lulas Arbeitslosigkeit, Armut sowie Sicherheit für die Bevölkerung an erster Stelle der nationalen Probleme standen, ist zehn Jahre

später Gesundheit auf den ersten Platz gerückt, gefolgt von öffentlicher Sicherheit und Bildung.

Bisher haben die meisten Parteien aber einen beachtlichen Teil ihres Diskurses auf die wahlentscheidenden Armen ausgerichtet. Der Ex-Präsident Fernando Henrique Cardoso hat bereits für seine kriselnde Partei, die PSDB, die Notwendigkeit begründet, sich als Mittelstandspartei zu profilieren und damit eine polemisch geführte Debatte verursacht. Dilma Rousseff bringt im Gegensatz zu Lula bereits eine der Mittelschicht näherstehende Vita mit. Die gesellschaftlichen Veränderungen lösen auch in der PT eine Debatte hinsichtlich der Möglichkeit eines politischen Stimmungsumschwungs in den nächsten Jahren aus. Die traditionellen Themen der PT könnten nicht mehr ausreichend dem Wertewandel einer heterogenen neuen Mittelschicht entsprechen, die durch steigende Lebenshaltungskosten sowie mangelnde Qualität im Bildungs- und Gesundheitsbereich ihren sozialen Aufstieg bedroht sieht und in den Metropolen mit einem unzureichenden Nahverkehrssystem und zu wenig akzeptablem Wohnraum konfrontiert ist.

Inflationsbekämpfung oder Wachstum?

Die positive Entwicklung der Wirtschaft und des Arbeitsmarkts hat sich auch in den ersten Monaten 2011 fortgesetzt. 2010 lag das Wachstum des BIP, auch wegen der Krise des Vorjahres, mit 7,5 Prozent über allen Werten des letzten Vierteljahrhunderts. Für 2011 werden derzeit vier Prozent prognostiziert. Allerdings stellt die seit dem letzten Jahr stark angestiegene Inflationsrate ein unmittelbares Problem dar. Die Verbraucherpreise waren im letzten Jahr auf über sechs Prozent angestiegen und lagen damit wesentlich über dem seit Jahren verfolgten Inflationsziel der Regierung von 4,5 Prozent. Die meisten Beobachter(innen) erwarteten eine eindeutige Erhöhung des Leitzinssatzes SELIC durch die Zentralbank, um auf traditionelle Weise die Preissteigerungen wieder in den Griff zu bekommen.

Seit 1999 stellt eine stabilitätsorientierte Fiskal- und Geldpolitik ein Kernelement der brasilianischen Wirtschaftspolitik dar. Hierzu gehören flexible Wechselkurse, Inflationsziele und Haushaltsüberschüsse zur Tilgung der Schulden. Die Geldpolitik basiert auf hohen Zinsen und stellt mit den Haushaltsüberschüssen das wichtigste Instrument zur Inflationskontrolle dar. Die hohen Zinsen

wirken sich auf den Wechselkurs aus (als tendenzielle Aufwertung), auf die Investitionen im produktiven Sektor (tendenziell weniger) und auf den brasilianischen Haushalt (als steigender Zinsdienst). Allein 5,6 Prozent des BIP werden voraussichtlich dieses Jahr für den Schuldendienst ausgegeben werden, dies entspricht in etwa dem Fünfzehnfachen der Mittel für das Sozialprogramm *bolsa familia*. Das starke Exportwachstum – in erster Linie aufgrund der Preissteigerungen für Rohstoffe und Agrargüter – sowie die hohen Realzinsen (durchschnittlich 7,5 Prozent in den letzten fünf Jahren) haben durch steigende Devisenzufüsse zu einer anhaltenden Aufwertung des Reals geführt. Seit einem Höchststand Mitte 2004 hat der US-Dollar etwa um die Hälfte an Wert verloren. Auch wenn zum Teil die hierdurch stark verbilligten Importe ausgleichend wirken, trifft eine durch boomenden Arbeitsmarkt, steigende Löhne und sich rasch ausweitende Konsumentenkredite angetriebene Nachfrage auf ein langsamer wachsendes Angebot an Gütern und Dienstleistungen, deren Preise so tendenziell steigen. Gleichzeitig steht kaum zur Debatte, welchen Einfluss in manchen Sektoren überhöhte Gewinnerwartungen und Spekulationen in einem nur prekär organisierten Konsumentenmarkt auf die Preisentwicklung haben.

Das heute grundlegende Problem für die brasilianische Regierung liegt darin, dass die Steuerung dieser wachsenden Nachfrage über den Zinssatz leicht negative Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum und den Haushalt haben könnte.

Drohende Deindustrialisierung oder Strukturwandel

Die starke Währungsaufwertung hat zudem zu einer anhaltenden Debatte über Deindustrialisierungstendenzen geführt. Die Effekte billiger Importe sind bereits erkennbar: In zahlreichen Industriebranchen wird die Produktion zurückgefahren und durch Importwaren – in erster Linie aus China – ersetzt. Noch vor drei Jahren stellten Importwaren etwa zehn Prozent des Angebots dar, heute sind es zwischen 20 und 25 Prozent. Sollten bei diesem Strukturwandel nicht gleichzeitig andere Branchen ihre Marktanteile auch international ausweiten können, wie etwa im Flugzeug- oder im Fahrzeugbau, ist so mittelfristig mit einem Verlust an industriellen Arbeitsplätzen zu rechnen. Genau hier ist ein traditionelles Wählerpotenzial der PT angesiedelt.

Die neue Regierung versucht nun, den Teufelskreis zu unterbrechen, der sich aus der Inflationsbekämpfung über extrem hohe Realzinsen, damit steigenden Kapitalzuflüssen und der tendenziellen Aufwertung des Reals, zunehmenden Deindustrialisierungsprozessen sowie potenziellen Arbeitsplatzverlusten ergeben hat.

Um Wachstumsverluste zu vermeiden, wurden von der Regierung im April neben einer eher vorsichtigen Erhöhung des Leitzinssatzes und einer De-facto-Aufgabe des Inflationszieles für 2011 verschiedene Instrumente zur Kontrolle der Inflation eingesetzt: Mit dem Ziel, das Kreditwachstum bzw. die Geldmenge zu senken, wurden die Steuern auf Verbraucherkredite auf drei Prozent verdoppelt. Ausländische Kreditaufnahmen wurden mit einer Steuer von sechs Prozent, der Kreditkarteneinsatz im Ausland mit 6,38 Prozent belegt. Parallel wurden Mindestreserven und Mindestkapitalanforderungen erhöht. Die vorläufigen Zahlen lassen darauf schließen, dass die Maßnahmen greifen. Die Laufzeiten der Kredite wurden verlängert und die Kreditvergabe ging, wenngleich auf hohem Niveau, deutlich zurück. Die Ankäufe von US-Dollar durch die Zentralbank zur Eindämmung der Aufwertung des Reals hatten allerdings keinen sichtbaren Effekt. Zudem kündigte die Regierung ein Sparpaket in Höhe von 23 Milliarden Euro an, was immerhin eine Reduktion des Haushaltes (ohne Schuldendienst) um 5,5 Prozent in Bezug auf die Planansätze darstellt.

Wasser, Atom und Ethanol – ein »sauberer« Energiemix?

Brasilien verfolgt seit geraumer Zeit eine Autarkiepolitik und ist nur noch zu einem geringen Teil von internationalen Ressourcen abhängig. Die Frage, wie Brasilien in der Zukunft seinen wachsenden Energiebedarf decken soll, ist aus Sicht der Regierung weitgehend beantwortet: Das Land setzt auf alle Formen der Energieproduktion und verspricht sich eine international bedeutende Rolle als Energieexporteur. Es setzt auf erneuerbare Energien (etwa 47 Prozent des Energiemixes) ebenso wie auf Atomenergie und die Erschließung der großen vor der Atlantikküste gefundenen Erdölvorkommen.

Doch auch die vermeintlich saubere Energie ist immer wieder Gegenstand von Kritik. Denn es geht in erster Linie um den Ausbau der Wasserkraft, mit der 77 Pro-

zent der elektrischen Energie generiert werden. Die Pläne, im Norden des Amazonas das voraussichtlich drittgrößte Wasserkraftwerk der Welt zu errichten (11.200 Megawatt), haben national und international Proteste ausgelöst. Die Organisation der Amerikanischen Staaten (OAS) hat über die interamerikanische Menschenrechtskommission kürzlich Brasilien formell dazu aufgerufen, den Bau zu stoppen. Aus Sicht der Kommission verletzt das Bauvorhaben die in der Verfassung und der Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) verankerten Beteiligungsrechte der lokalen indianischen Bevölkerung. Brasilien bezeichnete den Vorwurf als unbegründet und legte Einspruch ein.

Auch im Bereich der Ethanolproduktion gibt es eine Debatte über die Verdrängung der Fleischproduktion in die Feuchtgebiete des Amazonas und des Pantanals. Brasilien zählt trotz seiner »sauberen« Energiematrix inzwischen zu den größten Emittenten von Treibhausgasen. 58 Prozent hiervon waren im Jahr 2008 auf die Abholzung von Wäldern und 22 Prozent auf die Landwirtschaft zurückzuführen.

Die Atomenergie wird in Brasilien als klimafreundliche Alternative in der Energieproduktion angesehen, die auch in regenarmen Zeiten die Grundversorgung absichern kann. Zudem verfügt das Land über umfangreiche Uranvorkommen. Brasilien betreibt bereits zwei Atomreaktoren, ein dritter soll 2015 fertiggestellt werden. Die beiden Reaktoren produzieren 2,5 Prozent (2009) des Stroms. Dieser Anteil soll verdoppelt werden. Es gibt Pläne, im Nord- und Südosten des Landes weitere vier Reaktoren zu errichten.

Auf den Unfall im japanischen Fukushima wurde von offizieller Seite mit der Ankündigung einer Überprüfung der Sicherheitsstandards der Reaktoren reagiert. Zudem kam es zu einer begrenzten Diskussion über die Sicherheit der Atomenergie, an der in erster Linie Wissenschaftler(innen) und zivilgesellschaftliche Organisationen teilnahmen. Kritiker(innen) führen an, dass Brasilien relativ leicht auf einen Ausbau der Kernenergie verzichten könnte, da andere Optionen erneuerbarer Energien zur Verfügung stehen, die bisher nicht oder kaum in Angriff genommen worden sind. Hierzu gehört die Windenergie (0,8 Prozent der installierten Kapazität), aber auch Biomasse wie etwa die Bagasse, die bei der Zuckerrohrverarbeitung anfällt und nach Berechnun-

gen allein schon um die acht Atomreaktoren ersetzen könnte. Solarenergie spielt in Brasilien keine Rolle.

Obama in der »Cidade Maravilhosa«

Cidade Maravilhosa, die wundervolle Stadt, mit diesem und anderen Klischees Rio de Janeiros begann Obama seine gespannt erwartete Rede an die brasilianische Bevölkerung. Wie bei seiner ganzen Reise im März 2011 ging es nicht um eine Positionierung der Lateinamerikapolitik der USA, sondern um das Werben um Brasilien als Partner. Und dies gelang ihm auf ganzer Linie. Die Beziehungen zwischen den beiden Ländern hatten sich unter Lula, vor allem wegen der brasilianischen Iranpolitik, aber auch in der Folge des Staatsstreichs in Honduras, merklich abgekühlt. Auch mit Blick auf den amerikanischen Kongress sollte vor diesem Hintergrund die Bedeutung Brasiliens hervorgehoben werden. Der nordamerikanische Präsident sprach dabei alle Stichworte an, die das heutige Selbstverständnis Brasiliens als ein auf wirtschafts- und sozialpolitischen Erfolgen aufbauender und im *Global Governance*-System engagierter Akteur beschreiben. Brasilien sei nicht nur »strategischer globaler Partner«, sondern auch ein Land, das mit den USA eine ähnliche Geschichte, gleiche Werte und die Fähigkeit, sich selbst zu erfinden, teile, auch wenn es hin und wieder Meinungsverschiedenheiten gäbe. Dies war die Botschaft des nordamerikanischen Präsidenten. Das allgemein gute Klima konnte dann auch weder von der brasilianischen Kritik an der US-amerikanischen Geldpolitik sowie an den Handelshemmnissen für den brasilianischen Export, noch durch den von Obama in Brasilien vor den sprachlosen brasilianischen Diplomaten verkündeten Angriff auf Libyen verdorben werden.

Die Reise Obamas hat vor allem erreicht, die Kommunikation der beiden Länder auf der obersten Ebene wiederzubeleben. Dass Obama sich, wie zuvor in Indien, explizit für die angestrebte Mitgliedschaft des Landes in einem reformierten Sicherheitsrat aussprechen würde, erfüllte sich nicht in der erhofften Klarheit. Immerhin sagte er, dass die USA das Anliegen der Kandidatur schätze, was die bisher weitreichendste Aussage Washingtons hierzu darstellt. Von vornherein nicht zu erwarten waren Zugeständnisse hinsichtlich einer Liberalisierung des Außenhandels, der im Jahr 2010 55 Milliarden US-Dollar betrug. Beide Länder beschlossen

lediglich die Einrichtung einer bilateralen Kommission, deren Aufgabe es ist, Vorschläge für eine Reduzierung der nicht tarifären Handelshemmnisse zu erarbeiten. Die USA ist nur noch der drittgrößte Handelspartner nach der EU und China und etwa gleichauf mit Argentinien. Obama sprach explizit ein weiteres Interesse der USA an: den zukünftigen Erdölimport aus Brasilien, um die Abhängigkeit von instabilen Regionen zu verringern. Weitere Abkommen wurden in den Bereichen Luft- und Raumfahrt, Wissenschaftskooperation und der Förderung von *decent work* unterschrieben.

Menschenrechte als Leitlinie

Kurz nach dem Besuch Obamas stimmte Brasilien im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen für eine Resolution, die die Grundlage für die Untersuchung der Menschenrechtssituation im Iran darstellt. Brasilien hatte sich bei der die Intervention in Libyen rechtfertigenden Entscheidung im Sicherheitsrat noch enthalten. Das Abstimmungsverhalten Brasiliens im Menschenrechtsrat der UN stellt eine wichtige außenpolitische Kursänderung der neuen Regierung dar. Brasilien hatte sich bisher bei Verurteilungen des Iran stets zurückgehalten und noch im letzten Jahr versucht, als Vermittler in der Frage des iranischen Atomprogramms zu fungieren, was nicht nur von den USA kritisiert wurde.

Bereits nach ihrer Wahl hatte Rousseff angekündigt, dass sie in Menschenrechtsfragen keinen Abwägungen folgen werde und den konkreten Fall, die Steinigung einer Iranerin, verurteilt. Mit Aufmerksamkeit wird in Brasilien verfolgt, wie die Präsidentin, die als politische Aktivistin selbst gefoltert wurde, mit dem dunklen Teil der brasilianischen Geschichte umgehen wird. Sie hat die bisher ausgebliebene Untersuchung der Menschenrechtsverletzungen unter der Militärdiktatur bereits angekündigt.

Den neuen Kurs Brasiliens im Menschenrechtsrat nahmen vor allem die in diesem Bereich engagierten zivilgesellschaftlichen Organisationen und die Medien positiv auf. Der Bruch mit der bisherigen außenpolitischen Position Brasiliens wurde vom ehemaligen Außenminister öffentlich kritisiert. Sozusagen im Namen der bisherigen politischen Linie befürchtet er, dass das bisher aufgebaute außenpolitische Kapital des Landes sowie seine Fähig-

keit als Mittler, wie etwa zusammen mit der Türkei im Fall des iranischen Atomprogramms, verspielt werden.

China als Partner?

Dilmas China-Besuch im April wurde besonders in ökonomischer Hinsicht sowohl von den brasilianischen Medien als auch von der brasilianischen Regierung als Erfolg bewertet. China versprach die Marktöffnung für brasilianische Fertigprodukte. Es wurden fast zwei Dutzend Wirtschaftsvereinbarungen unterzeichnet und chinesische Investitionen im Bereich der Technologie und Infrastruktur in Brasilien angekündigt. So wollen die chinesischen Firmen Foxconn (vermutet wird, dass in Brasilien der I-Pad 2 produziert werden soll) und die Telekommunikationsunternehmen Hawuei und ZTE in Brasilien investieren. Zudem wurden Verträge für weitere milliarden schwere chinesische Flugzeugkäufe bei Embraer unterzeichnet.

China ist inzwischen mit über 15 Prozent der wichtigste Handelspartner Brasiliens und liegt nur noch wenig hinter der EU. Bisher importiert China vorrangig Rohstoffe aus Brasilien (zu 85 Prozent). Das Anliegen der brasilianischen Regierung ist es, diese Schiefelage auszugleichen und den eigenen Industriesektor und damit auch die Schaffung von Arbeitsplätzen über Exporte zu fördern. Aufgrund der mangelnden Wettbewerbsfähigkeit vieler brasilianischer Industriewaren sowie des Ungleichgewichts zwischen einem dauerhaft niedrigen Yuan und einem starken Real werden von Beobachter(inne)n Zweifel daran geäußert, dass Brasilien die deutliche Asymmetrie zwischen den beiden Ländern und deren Folgen für den brasilianischen Binnenmarkt wird aufheben können.

Die BRICS und die Reform des internationalen Systems

Auch das parallele Treffen der um Südafrika erweiterten BRIC-Länder – nun BRICS – bewerten die Regierung und auch die brasilianischen Medien positiv. Insbesondere die Forderung nach der Reform der UN und des internationalen Finanzsystems wird als Machtdemonstration der fünf größten Schwellenländer und als ein darauf

begründeter Anspruch auf mehr Mitspracherecht im internationalen System gesehen. Im Schlusskommuniqué forderten die fünf Länder eine Reform der UN und vor allem des UN-Sicherheitsrats. China und Russland, die bereits ständige Mitglieder sind, unterstützen damit die Ambitionen der anderen drei Staaten. Dies ist insbesondere ein Erfolg der brasilianischen und indischen Diplomatie.

Eine weitere Forderung ist die Reform des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank. Die BRICS kritisieren die Dominanz des US-Dollars als Leitwährung und verlangen ein breiter aufgestelltes und damit stabileres Währungsreservesystem sowie eine strengere Derivatmarktregulierung, um Preisschwankungen zu reduzieren.

Drei Monate ohne Lula und niemand vermisst ihn

Die ersten 100 Tage der neuen Regierung hinterlassen einen positiven Eindruck. Die Präsidentin hat einen neuen Regierungsstil etabliert, der nicht weniger gut aufgenommen wurde als der gänzlich andere des populären Lula. Dilma Rousseffs geringere Präsenz in den Medien gereicht ihr nicht zum Nachteil, sondern übersetzt sich als ein im Vergleich zu ihrem Vorgänger diskreterer und mehr mit den Details der Politik verbundener Stil. Wie angekündigt wahrt die Präsidentin in wichtigen Elementen Kontinuität mit der vorhergehenden Regierung (Wachstumspolitik bei sozialem Ausgleich), hat aber in anderen Politikfeldern neue Akzente (Außenpolitik) gesetzt, Kursabweichungen (Wirtschaftspolitik) eingeleitet und Reformversprechen (Gesundheit) gemacht. In einigen Bereichen lässt sich bisher noch nicht absehen, ob ein Wandel angestrebt wird. Hierzu gehören wichtige Fragen der Energie-, der Klima- und der Umweltpolitik, eine Steuerreform und auch die bereits vom Parlament in Gang gesetzte Reform des politischen Systems. Bis auf die Preissteigerungen haben die Brasilianer(innen) kaum Gründe, nicht positiv in die Zukunft zu blicken. Die bisherigen Trends zeigen, dass Dilma es – allen Zweifeln zum Trotz – auf ihre Weise ebenso gut kann wie Lula. Vielleicht sogar noch besser.



Über den Autor

Yesko Quiroga ist Leiter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Brasilien, São Paulo.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Internationale Entwicklungszusammenarbeit
Referat Lateinamerika und Karibik
Hiroshimastraße 17 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dörte Wollrad
Leiterin, Referat Lateinamerika und Karibik
Internationale Entwicklungszusammenarbeit

Tel.: ++49-30-269-35-7484 | Fax: ++49-30-269-35-9253
<http://www.fes.de/lateinamerika>

Bestellungen hier:
info-lak@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.



ISBN 978-3-86872-733-3